

Wien, am Mittwoch, den 24. Juli 1919

-----

Die Gemeinde Wien soll ein Weltfriedensamt errichten. Kürzlich sprachen Präsident Brandeis und Sekretär Foscht vom Landesverband Wien der Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen Oesterreichs bei Bürgermeister Seitz vor und überreichten ihm eine Denkschrift für die Errichtung eines Friedensamtes der Gemeinde Wien. In der Denkschrift wird ausgeführt, dass zur Pflege des Friedensgedankens in erster Linie die Städte und Gemeinden berufen wären, die in allen Erziehungs- und Fürsorgearbeiten die eigentlichen ausführenden Organe des Staates darstellen. Das Weltfriedensamt der Gemeinde Wien soll eine Friedenswetterwarte sein, von der aus ständig ein Ueberblick über die Kriegsgefahrenzonen gegeben wird. Das neue Ministerium des Friedens soll in einzelne Fachgruppen geteilt werden, an deren Spitze eine Reihe von Sonderausschüssen zu stehen hätte, die sich mit der Vorbereitung pazifistischer Vorträge und Kurse, mit der Einrichtung pazifistischer Seminare und mit der Veranstaltung von Studienkonferenzen über die grossen Einzelprobleme des Krieges und des Friedens zu befassen hätten. Es soll in enger Fühlung mit dem Völkerbund und seinen verschiedensten Institutionen, wie auch mit dem Internationalen Arbeitsamt und so weiter stehen. Grosses Gewicht wird auch auf die enge Fühlungnahme mit auswärtigen Pressevertretern, mit Gesandtschaften und Konsulaten gelegt, um sie über die pazifistische Betätigung von Städten und Gemeinden auf dem Laufenden zu halten. Das Weltfriedensamt soll eine Stiftung sein, die von der Gemeinde ins Leben gerufen werden soll, zu der aber auch der Bund und die Länder, ebenso wie private Korporationen und Einzelpersonen beitragen sollen. Die Denkschrift sieht an der Spitze des Weltfriedensamtes der Gemeinde ein Kuratorium von Fachleuten, Vertretern von Gemeinden, Bund und Ländern sowie von privaten Korporationen vor. Der Landesverband gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass mit der Vereinigung von Heimatliebe mit Pazifismus ein sehr wichtiger Schritt zur Sicherung des Friedens von innen her getan wäre.

-----

Die Wohnbauförderungsgesetze. Die Nummer 14 vom 15. Juli der Oesterreichischen Gemeinde-Zeitung, die bekanntlich die offizielle Zeitschrift des Deutschösterreichischen Städtebundes ist, erschien kürzlich als überaus bemerkenswerte Sonderausgabe. Das Heft enthält ausführliche Darstellungen aus der Feder erster Fachkräfte über die kürzlich vom Nationalrat beschlossenen Wohnbauförderungsgesetze und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden. Das Sonderheft ist 52 Seiten stark und für alle Gemeinden unentbehrlich. Es ist vom Deutschösterreichischen Städtebund, Wien I., Neues Rathaus zu beziehen.